

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 26 | 28.06.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 54/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Schulunterrichtsgesetz** geändert wird (Einfügen einer Verfassungsbestimmung, welche ein Verbot des Tragens weltanschaulicher oder religiös geprägter Bekleidung, die mit einer Verhüllung des Hauptes verbunden ist, für Schüler bis zur Vollendung des 10. Lebensjahrs vorsieht)

[BGBl II 164/2019](#)

Verordnung der Kommunikationsbehörde Austria, mit der ein bundesweit einheitlicher Richtsatz zur einmaligen Abgeltung der Nutzung von durch Recht gesicherten Leitungen oder Anlagen auch für die Errichtung, den Betrieb, die Erweiterung oder die Erneuerung von Kommunikationslinien durch deren Inhaber festgelegt wird (**Rundfunk-Richtsatzverordnung 2019** – RRV 2019)

[BGBl II 169/2019](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der die **Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung** geändert wird

[BGBl II 172/2019 \(Anlage 3e; Anlage 3j; Anlage 4\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Kraftfahrzeuggesetz-Durchführungsverordnung 1967 geändert wird (**65. Novelle zur KDV 1967**)

[BGBl II 173/2019](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der die Elektroaltgeräteverordnung geändert wird (**EAG-VO-Novelle 2019**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 165 v 21.06.2019, 70](#)

Empfehlung (EU) 2019/1019 der Kommission vom 7. Juni 2019 zur **Modernisierung von Gebäuden**

[ABI L 169 v 25.06.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über **Marktüberwachung** und die **Konformität von Produkten** sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr 765/2008 und (EU) Nr 305/2011

[ABI L 169 v 25.06.2019, 45](#)

Verordnung (EU) 2019/1021 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über **persistente organische Schadstoffe**

[ABI L 170 v 25.06.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 mit Vorschriften für die Bereitstellung von **EU-Düngeprodukten** auf dem Markt und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr 1069/2009 und (EG) Nr 1107/2009 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 2003/2003

[ABI L 170 v 25.06.2019, 115](#)

Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 zur Angleichung der **Berichtstattungspflichten** im Bereich der Rechtsvorschriften mit **Bezug zur Umwelt** und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr 166/2006 und (EU) Nr 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/49/EG, 2004/35/EG, 2007/2/EG, 2009/147/EG und 2010/63/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr 338/97 und (EG) Nr 2173/2005 des Rates und der Richtlinie 86/278/EWG des Rates

[ABI L 172 v 26.06.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/1022 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Festlegung eines **Mehrjahresplans** für die **Fischereien**, die Grundfischbestände im **westlichen Mittelmeer** befischen, und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 508/2014

[ABI L 172 v 26.06.2019, 18](#)

Richtlinie (EU) 2019/1023 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über präventive **Restrukturierungsrahmen**, über Entschuldung und über Tätigkeitsverbote sowie über Maßnahmen zur **Steigerung der Effizienz** von Restrukturierungs-, **Insolvenz- und Entschuldungsverfahren** und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 (Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz)

[ABI L 172 v 26.06.2019, 56](#)

Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die **Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.06.2019, [V 35/2018](#)

Tir RaumordnungsG; Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung einer **BausperreVO**; Ziel der BausperreVO als Maßstab für die Angemessenheit von Preisen und Beurteilung der Leistbarkeit von Wohnraum für die in Götzens ansässige Bevölkerung gesetzeskonform und ausreichend bestimmt; keine Bedenken gegen die Erklärung eines ortsplanerischen Gutachtens zum „integralen Bestandteil“ der BausperreVO

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

27.02.2019, [Ro 2016/04/0048](#)

B-VG; die **Vollziehung von Angelegenheiten in der Ministerialinstanz**, wenn sie gem Art 102 Abs 2 B-VG besorgt wird, zählt notwendigerweise zur unmittelbaren Bundesverwaltung; dies gilt jedoch nicht, wenn in einer Angelegenheit, die in mittelbarer Bundesverwaltung besorgt wird, (ausnahmsweise) eine erst- und letztinstanzliche Zuständigkeit des Bundesministers vorgesehen ist

08.04.2019, [Ra 2018/03/0081](#)

GenehmigungsRL; **KommAustria-G**; Art 12 der GenehmigungsRL steht der nationalen Regelung des § 34 KommAustria-G, die eine **aliquote Überwälzung** von nicht durch den Bundeshaushalt getragenen **Kosten der nationalen Regulierungsbehörde auf die Marktteilnehmer** vorsieht, nicht grundsätzlich entgegen; Voraussetzung ist aber einerseits eine inhaltliche Begrenzung der Höhe dieser Abgaben, andererseits muss die Auferlegung dieser Abgaben in einer objektiven, verhältnismäßigen und transparenten Weise erfolgen; da die GenehmigungsRL keine näheren Vorschriften darüber enthält, wie die Höhe der zu überwälzenden Verwaltungsabgaben bestimmt wird, wie sie eingehoben werden und welches Verfahren dabei einzuhalten ist, besteht insoweit ein Spielraum des nationalen Gesetzgebers, der bei Ausgestaltung des Verfahrens allerdings den Grundsätzen der Effektivität und der Äquivalenz verpflichtet ist; ob die bestehenden unionsrechtlichen Vorgaben jeweils eingehalten wurden, ist vom nationalen Gericht zu prüfen

08.04.2019, [Ra 2018/03/0086](#)

KraftfahrlinienG; Voraussetzung für die **Erteilung der Konzession** zum nichtkommerziellen Betrieb von Kraftfahrlinien ist zum einen die Erfüllung der in § 23 Abs 2 erster Satz KraftfahrlinienG genannten Voraussetzung (Beschaffung nichtkommerzieller Verkehrsdienste im Vergabeverfahren bei mangelnder Abdeckung der Verkehrsdienste durch kommerzielle Betriebe), zum anderen die Erfüllung des § 7 Abs 1 Z 1 und 2 leg cit bzw das Nichtvorliegen des Ausschlussgrunds nach § 7 Abs 1 Z 4 lit a leg cit, ohne dass eine Auseinandersetzung mit weiteren Ausschlussgründen gem § 7 Abs 1 leg cit erfolgen muss

08.04.2019, [Ra 2018/03/0107](#)

GefahrgutbeförderungsG; als **Beförderer** iSd § 3 Abs 2 Z 1 GefahrgutbeförderungsG ist jedenfalls anzusehen, wer sich vertraglich zur Beförderung des Gefahrguts verpflichtet hat und damit handelsrechtlich als Frachtführer (§ 425 Unternehmensgesetzbuch) zu beurteilen ist; der Frachtführer schuldet die Verbringung der Sache an einen anderen Ort und verfügt auf Grund dieser Rechtsposition auch über die Möglichkeit, hinsichtlich der näheren Bedingungen des von ihm durchzuführenden Beförderungsvorgangs so zu disponieren, dass dabei die den Beförderer nach dem GefahrgutbeförderungsG treffenden Pflichten erfüllt werden können

08.04.2019, [Ro 2018/03/0058](#)

EisenbahnkreuzungsVO; dem durch das Vorschriftszeichen festgelegten **Haltegebot** ist nach der klaren Rechtslage unbedingt zu entsprechen; es kann daher bei der Festlegung der Sicherungsart einer Eisenbahnkreuzung nicht davon ausgegangen werden, dass die Lenker im Straßenverkehr dieses gesetzliche Gebot missachten

10.04.2019, [Ra 2019/18/0049](#); [Ra 2019/18/0058](#)

EMRK; die durch das BVwG in Form einer Gesamtbetrachtung durchgeführte **Interessenabwägung iSd Art 8 EMRK** ist nur dann vom VwGH aufzugreifen, wenn das BVwG die vom VwGH aufgestellten Leitlinien bzw Grundsätze nicht beachtet hat und somit seinen Anwendungsspielraum überschritten oder eine krasse bzw unvertretbare Fehlbeurteilung des Einzelfalles vorgenommen hat

C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 13.03.2019, [W249 2196046-1](#)

VStG; nach dem eindeutigen Wortlaut des § 5 Abs 1a iVm Abs 1 VStG wird ausschließlich auf die Frage der Vermutung eines Verschuldens Bezug genommen, nämlich dass die **Vermutung eines Verschuldens** bei einer Verwaltungsübertretung mit

Strafandrohung von über € 50.000,-- unter den in § 5 Abs 1 zweiter Satz leg cit bestimmten Voraussetzungen nicht (mehr) „ohne weiteres anzunehmen“ ist; dies ist damit eine Frage der Beweislast; dem Wortlaut des Gesetzestexts lässt sich nicht entnehmen, dass durch die Einführung des § 5 Abs 1a leg cit der Beurteilungsmaßstab, ob ein Kontrollsystem schuldbeitfreiend wirkt, geändert wurde; die Frage der Beweislast, auf die sich § 5 Abs 1a leg cit bezieht, berührt damit nicht die Anforderungen an ein ausreichendes Kontrollsystem

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[24.06.2019, Rs C-573/17, Popławski](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschlüsse – Keine unmittelbare Wirkung – Vorrang des Unionsrechts – Folgen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art 4 Nr 6 – **Rahmenbeschluss** 2008/909/JI – Art 28 Abs 2 – Erklärung eines Mitgliedstaats, die es ihm ermöglicht, weiterhin die vor dem 5. Dezember 2011 für die Überstellung verurteilter Personen geltenden Rechtsinstrumente anzuwenden – **Verspätete Erklärung** – Folgen

[24.06.2019, Rs C-619/18, Kommission / Polen \(Indépendance de la Cour suprême\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Rechtsstaatlichkeit – Wirksamer Rechtsschutz in den vom Unionsrecht erfassten Bereichen – Grundsätze der Unabsetzbarkeit der **Richter** und der richterlichen Unabhängigkeit – **Herabsetzung des Ruhestandsalters** für Richter des Obersten Gerichts – Anwendung auf amtierende Richter – Möglichkeit zur Ausübung des Richteramts über dieses Alter hinaus unter der Voraussetzung einer Zustimmung, deren Erteilung in das freie **Ermessen des Präsidenten** der Republik gestellt ist

[26.06.2019, Rs C-723/17, Craeynest ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2008/50/EG – Art 6, 7, 13 und 23 – Anhang III – Beurteilung der **Luftqualität** – Kriterien für die Feststellung einer **Überschreitung der Grenzwerte** für Stickstoffdioxid – Maßnahmen mit Hilfe ortsfester Probenahmestellen – Wahl der geeigneten Standorte – Beurteilung der an den **Probenahmestellen** gemessenen Werte – Verpflichtungen der Mitgliedstaaten – Gerichtliche Nachprüfung – Intensität der Kontrolle – Anordnungsbefugnis

[26.06.2019, Rs C-729/17, Kommission / Griechenland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – Art 49 AEUV – Richtlinie 2006/123/EG – Art 15 Abs 2 und 3 – Richtlinie 2005/36/EG – Art 13, 14, 50 und Anhang VII – Niederlassungsfreiheit – **Anerkennung von Berufsqualifikationen** – Nationale Vorschriften für Anbieter von **Mediatorausbildungen**

[26.06.2019, Rs C-159/18, Moens](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 Abs 3 – **Ausgleich für Fluggäste** im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen – Umfang – Befreiung von der Ausgleichspflicht – Begriff ‚**außergewöhnliche Umstände**‘ – Vorhandensein von **Treibstoff** auf einer **Flughafenrollbahn**

[26.06.2019, Rs C-407/18, Addiko Bank](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Missbräuchliche Klauseln** in Verbraucherverträgen – Richtlinie 93/13/EWG – Verfahren zur **Zwangsvollstreckung einer Hypothekforderung** – Unmittelbar vollstreckbare notarielle Urkunde – Gerichtliche Kontrolle missbräuchlicher Klauseln – Aussetzung der Zwangsvollstreckung – Unzuständigkeit des mit einem Antrag auf Zwangsvollstreckung befassten Gerichts – Verbraucherschutz – Effektivitätsgrundsatz – Unionsrechtskonforme Auslegung

[27.06.2019, Rs C-597/17, Belgisch Syndicaat van Chiropraxie ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Gemeinsames **Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst c – Steuerbefreiungen – Ärztliche und arztähnliche Berufe – Chiropraktik und Osteopathie – Art 98 – Anhang III Nrn 3 und 4 – **Arzneimittel und Medizinprodukte** – Ermäßigter Steuersatz – Lieferung im Rahmen von Eingriffen oder Be-

handlungen zu therapeutischen Zwecken – Normalsatz – Lieferung im Rahmen von Eingriffen oder Behandlungen zu **ästhetischen Zwecken** – Grundsatz der steuerlichen Neutralität – Aufrechterhaltung der Wirkungen einer mit dem Unionsrecht unvereinbaren nationalen Regelung

[27.06.2019, Rs C-348/18, Azienda Agricola Barausse Antonio e Gabriele](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zusatzabgabe im Milchsektor** – Verordnung (EWG) Nr 3950/92 – Art 2 Abs 1 Unterabs 2 – Festlegung des Beitrags der Erzeuger zur fälligen Zusatzabgabe – Neuzuweisung der ungenutzten Referenzmengen – Nationale Maßnahme, mit der die **ungenutzten Mengen** auf der Grundlage objektiver **Vorrangkriterien** neu zugewiesen werden

[27.06.2019, Rs C-518/18, RD \(Certification en tant que titre exécutoire européen\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 805/2004 – **Europäischer Vollstreckungstitel** für unbestrittene Forderungen – Bestätigung einer gerichtlichen Entscheidung als Europäischer Vollstreckungstitel – Mindestvorschriften für Verfahren über **unbestrittene Forderungen** – Beklagter mit unbekannter Anschrift, der nicht zur mündlichen Verhandlung erschienen ist

B. SCHLUSSANTRÄGE

[26.06.2019, Rs C-255/18, State Street Bank International \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2014/59/EU – **Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten** – Statusänderungen – Verschmelzung durch Aufnahme eines Instituts in die einem anderen Mitgliedstaat zugehörige Muttergesellschaft – Delegierte Verordnung (EU) 2015/63 – **Abwicklungsfinanzierungsmechanismen** – Ordentliche Beiträge – Außerordentliche Beiträge – Erhebung der Beiträge im Jahr 2015 – Übergangsbestimmungen – Anwendung der Delegierten Verordnung 2015/63 trotz Nichtumsetzung der Richtlinie 2014/59

[27.06.2019, Rs C-274/18, Schuch-Ghannadan \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Gleichbehandlung** von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen – Begrenzung der maximal zulässigen Gesamtdauer **aufeinanderfolgender befristeter Arbeitsverträge** – Mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts – Beweislast

[27.06.2019, Rs C-379/18, Deutsche Lufthansa \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Luftverkehr – Flughafenentgelte – Schutz der Rechte der **Flughafennutzer** – Möglichkeit, andere als die von der unabhängigen **Aufsichtsbehörde gebilligten Entgelte** zu vereinbaren – Rechtsbehelfe – Zuständigkeit der Zivilgerichte – Vereinbarkeit mit der Richtlinie 2009/12/EG

C. GERICHT

[26.06.2019, T-466/16, NRW Bank / CRU](#)

Nichtigkeitsklage – Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher **Abwicklungsmechanismus** für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – **Einheitlicher Abwicklungsfonds** (SRF) – Festsetzung des im Voraus erhobenen Beitrags für das Jahr 2016 – Rechtsbehelfsfrist – Verspätung – Art 76 der Verfahrensordnung des Gerichts – Unzulässigkeit

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

25.06.2019, Beschwerde Nr [41720/13](#), Nicolae Virgiliu Tănase / Rumänien (GK)

Keine Verletzung von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben) und **keine Verletzung** von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Einstellung** des **Strafverfahrens** gegen zwei Autofahrer, die einen **Unfall** verursachten, bei dem der Bf schwer verletzt

wurde; der Bf war als Zivilpartei am Verfahren beteiligt; **angemessene Untersuchung** des Unfalles durch die rumänischen Justizbehörden; **Verfahrensdauer** von acht Jahren war aufgrund der Komplexität des Falles **nicht übermäßig lange**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.